

# Kantone befürchten Diktat bei Bahntarifen

**Billettpreise** Der Bund arbeitet mit einer Gesetzesvorlage darauf hin, dass die Systeme im Bahnverkehr einheitlicher werden. St. Gallen und andere Kantone wehren sich: Es geht um die Kontrolle über die Tarife.

«Beunruhigende zentralistische Tendenzen»: So kommentiert das St. Galler Volkswirtschaftsdepartement eine Gesetzesvorlage, die der Bundesrat dem Parlament vorgelegt hat. «Organisation der Bahninfrastruktur (OBI)» heisst das Geschäft – doch der Name sagt nicht alles. OBI soll auch die Effizienz des Bahnverkehrs erhöhen und das System transparenter machen. So ist geplant, dass das Bundesamt für Verkehr «übergeordnete Aufgaben» im Personenverkehr an Dritte übertragen kann, etwa um «einheitliche Lösungen für die Kundenschaft» zu erreichen.

Dagegen wehrt sich die Konferenz des öffentlichen Verkehrs Zürich (KöV Zürich), der auch St. Gallen und der Thurgau angehören. «Unter anderem hätte ein solcher Systemführer die Kompetenz, schweizweit die Billettpreise festzusetzen oder das Billettsortiment zu bestimmen», heisst es in der Mitteilung. Damit ignoriere die Vorlage «die Realitäten

der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs in der Schweiz».

Im Regionalverkehr bestimmen heute die Kantone die Preise via Tarifverbände mit. Damit wirken sie einerseits auf die Entwicklung des öffentlichen Verkehrs in ihrem Gebiet ein und können andererseits die finanziellen Folgen für die öffentliche Hand steuern. Dieses Mitspracherecht müssten die Kantone auch in Zukunft haben, sagt der St. Galler Volkswirtschaftsdirektor Bruno Damann. «Wir wollen nicht, dass die Tarife aus Bern diktiert werden.»

### «Drohender Abbau des ÖV-Angebots»

Die Kantone tragen den Hauptteil der ungedeckten Kosten im öffentlichen Verkehr, wie es im Communiqué heisst. «Verlieren die Kantone die Möglichkeit, auf die eigenen Tarife Einfluss zu nehmen, können sie die Höhe ihres Defizitbeitrages nur noch über den Umfang des von ihnen

bestellten Verkehrsangebots steuern.» Befinde sich der Kanton in einer angespannten Finanzlage, drohe ein Abbau des ÖV-Angebots. «Stossend» sei, dass die vom Bund ausgewählten Systemführer finanzielle Entscheidungen zulasten der Kantone und Gemeinden fällen könn-

ten, ohne selber für die Folgen verantwortlich zu sein.

### «Preise könnten massiv steigen»

Dass die Tarife sinken, wenn sie vereinheitlicht werden, ist gemäss Damann nicht sicher. «Sie könnten auch massiv teurer wer-

den.» Auch wie es mit dem Generalabonnement und dem Halbtax weiterginge, sei ungewiss.

Die geplante Einführung der Systemführer im Personenverkehr unterläuft aus Sicht der KöV Zürich die föderalistische Tradition. Gerade für den heterogenen ÖV-Markt der Schweiz sei eine zentrale Führung der Tarifsysteme ungeeignet. Doch die Einwände der Kantone in der Vernehmlassung seien ignoriert worden. Es gebe keinen Grund, dem Bund punkto Tarife und Vertrieb eine «Generalermächtigung» auszustellen. Ausserdem wird bemängelt, die Gesetzesvorlage sei zu wenig genau formuliert und stelle keinen genügenden Rechtsschutz für die Kantone sicher. Darum seien die Änderungen im Personenbeförderungsgesetz aus der Vorlage zu streichen. Das Parlament hat das Geschäft noch nicht behandelt.



Die Kantone wollen die Bahnbillettpreise im Regionalverkehr weiterhin mitbestimmen.

Bild: Christian Beutler/Keystone

**Adrian Vögele**  
adrian.voegele@tagblatt.ch